

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**  
17. Wahlperiode

**E 17/2128**

25.11.2021

Ausschuss für Schule und Bildung  
**Kirstin Korte MdL**

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend  
**Wolfgang Jörg MdL**

## Einladung

107. Sitzung (öffentlich, Livestream)  
des Ausschusses für Schule und Bildung  
78. Sitzung (öffentlich, Livestream)  
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend  
**am Mittwoch, dem 8. Dezember 2021,**  
**9.00 Uhr bis max. 11.00 Uhr, Raum E 3 A 02**

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Gemäß § 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtags berufen wir die Ausschüsse ein und setzen folgende Tagesordnung fest:

### Tagesordnung

#### **Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/14940

#### **- Gemeinsame Anhörung von Sachverständigen –**

gez. Kirstin Korte  
- Vorsitzende -

gez. Wolfgang Jörg  
- Vorsitzender -

F. d. R.

Jan Jäger  
Ausschussassistent

Anlage:  
Verteiler

- 2 -

**Anhörung von Sachverständigen  
des Ausschusses für Schule und Bildung und  
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend**

**Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/14940

am Mittwoch, dem 8. Dezember 2021  
09.00 bis (max.) 11.00 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

## **Verteiler**

---

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen  
Spitzenverbände  
Städtetag NRW  
Köln

Landkreistag NRW  
Düsseldorf

Städte- und Gemeindebund NRW  
Düsseldorf

Grundschulverband NRW  
Christiane Mika, Vorsitzende  
Dortmund

Landeselternkonferenz LEK NRW  
Anke Staar, 1. Vorsitzende  
Dortmund

Helga Siemens-Weibring  
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenver-  
bände der Freien Wohlfahrtspflege des  
Landes Nordrhein-Westfalen  
c/o Diözesan-Caritasverband für das Erz-  
bistum Köln e.V.  
Köln

Dr. Julia Weischenberg  
Technische Universität Dortmund  
CDI-Gebäude/Forschungsverbund  
Dortmund

Professor Dr. Thomas Rauschenbach  
Deutsches Jugendinstitut  
München

Hiltrud Wöhrmann  
ISA - Institut für soziale Arbeit e. V.  
Münster

Christian Eberhard  
Innovativer Ganztagsberater  
Gottfried Kinkel Grundschule  
Bonn

- TOP -

Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!

31.08.2021

# Antrag

der Fraktion der SPD

## **Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!**

### **I. Ausgangslage**

Renommierte Expertinnen und Experten<sup>1</sup> beschreiben in ihren Beiträgen eindrucksvoll die Wirksamkeit von Ganztagschulen. Die Ergebnisse ihrer Veröffentlichungen belegen, dass Kinder und Jugendliche, die regelmäßig an guten Ganztagsangeboten teilnehmen, bessere Lernerfolge erzielen. Ganztagschulen leisten einen erheblichen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Trotz dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse, dass gute und funktionierende Ganztagschulen ein Garant für Bildungsgerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind, hat nicht jedes Kind Zugang zu einem Platz im Ganztag. Schon lange ist die OGS keine reine Halbtagschule mit Suppenausgabe mehr, in der Kinder lediglich beaufsichtigt werden. Stattdessen bieten Ganztagschulen pädagogische Konzepte und Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung. Sie sind ferner ein erfolgreicher und wichtiger Bestandteil des ganzheitlichen Bildungsangebotes zwischen Jugendhilfe und Schule. Auch vor dem Hintergrund des Einsatzes von multiprofessionellen Teams eröffnen sich vielfältige Fördermöglichkeiten für Kinder. Diese multiprofessionellen Teams gilt es in der OGS zu institutionalisieren und mit guten und sicheren Arbeitsverhältnissen festzuschreiben.

Diese Argumente sind eigentlich Grund genug, den Ganztag zu sichern, zu stärken und weiter auszubauen. Doch es gibt zwei weitere maßgebliche Gründe:

Allen Bemühungen und Entbehrungen zum Trotz breitet sich die Delta-Variante des Coronavirus in NRW aus. Kinder unter 12 Jahre können nicht gegen Corona geimpft werden und sind dem Virus daher weiterhin schutzlos ausgeliefert. Daher bleiben Schulen der Primar- und Sekundarstufe I ebenso wie Kitas die vielleicht sensibelsten gesellschaftlichen Einrichtungen während der Corona-Pandemie. Niemand möchte erneute Schließungen, doch ob sie sich tatsächlich vermeiden lassen, ist nicht abzusehen. Je jünger die Kinder sind, umso gravierender ist ein Ausfall des Präsenzunterrichts – und folglich umso wichtiger ist es, die Bildungschancen der SchülerInnen zu sichern. In ihrem kürzlich veröffentlichten Bildungsmonitor 2021 hat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft eine Befragung von Lehrkräften durchgeführt und 16,5

---

<sup>1</sup> <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2016/april/gleiche-lernchancen-fuer-alle-im-ganztag-fehlanzeige/>  
[https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/27\\_In\\_Vielfalt\\_besser\\_lernen/Gute\\_Ganztagschule\\_01.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/27_In_Vielfalt_besser_lernen/Gute_Ganztagschule_01.pdf)  
[https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2020/FES\\_RauschenbachGuglhoerGanztag.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2020/FES_RauschenbachGuglhoerGanztag.pdf)

Prozent der Befragten sehen bei fast allen Schülerinnen und Schülern gravierende Lernrückstände aufgrund der Pandemie, 30,1 Prozent sehen sie bei mehr als der Hälfte.<sup>2</sup>

Der Ganzttag bietet die Möglichkeit, bereits entstandenen oder noch drohenden Bildungslücken zu begegnen. Schülerinnen und Schüler profitieren davon, dass entsprechende Förderangebote im schulischen Kontext – also in einer bekannten Umgebung – und unter Einbindung bekannten Personals erfolgen. Positiv ist in den letzten Monaten das Alltagshelferprogramm für die OGS herausgestochen. Dass es mit dem Schuljahr 2020/21 ausgelaufen ist, hat zu Kritik geführt. Weder die Lehrkräfte, die durch die Hilfskräfte entlastet wurden, noch die Hilfskräfte selbst, hatten Verständnis für das Ende. Zum Ende der Ferien hat sich die Landesregierung entschlossen, das Programm neu aufzulegen und inhaltlich weiterzuentwickeln. Das ist ausdrücklich zu begrüßen. Dennoch zeugt dieses Vorgehen erneut von kurzfristigem Denken und Handeln. Viele Alltagshelferinnen und -helfer wurden vor den Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen und sollen sich nun erneut auf die Stellen bewerben.

Der zweite Grund, dem schulischen Ganzttag mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, liegt in der aktuellen Debatte um einen Rechtsanspruch für Eltern. Mit dem Wechsel von der Kita in die Grundschule droht vielen Kindern eine Betreuungslücke. Insbesondere alleinerziehende Eltern und Eltern, die beide berufstätig sind, stehen vor existentiellen Herausforderungen, wenn ihr Kind keinen Platz in der OGS bekommt. Die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit wird dadurch maßgeblich erschwert.

Obwohl es seit 2013 einen Rechtsanspruch für die Betreuung von Kindern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Ende der Kindergartenzeit gibt, können Kommunen dem Wunsch- und Wahlrecht der Eltern nicht nachkommen, wenn es um Ganztags- und Betreuungsangebote geht. Vor Ort fehlt es nicht am Willen, sondern an der finanziellen Ausstattung.

Der durch die Bundesregierung auf den Weg gebrachte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter aufwachsend ab 2026 muss als Chance genutzt werden, um eine Ganztagsoffensive im Land zu starten. Indem NRW schnellstmöglich die Umsetzung des Rechtsanspruchs vorantreibt, kann es mit gutem Beispiel vorangehen. Aus einer Studie, die die Landesregierung im März 2021 vorgelegt hat, ist abzuleiten, dass der Platzbedarf im Grundschulbereich bis 2025 zwischen 485.000 und 530.000 Plätzen liegen wird. Ob, wie und in welchem Umfang ein strukturierter Ausbau der Ganztagsplätze seitens des Landes vorangetrieben werden soll, ist aber nach wie vor offen. Die Landesregierung positioniert sich hierzu seit Jahren nicht. Mehr noch: in der Vergangenheit wurden entsprechende Forderungen im Landtag seitens der CDU-FDP-Koalition abgelehnt.

Strukturelle Probleme beim Ganzttag sind seit vielen Jahren bekannt und werden von allen AkteurlInnen beklagt. Beschäftigte brauchen größere Sicherheit und Wertschätzung als bisher. Hierzu müssen endlich tarifliche Regelungen getroffen werden. Die Beschäftigungssituation in den OGS ist vielerorts prekär. Es gibt keine Vorgaben, ob und in welchem Ausmaß Fachkräfte eingesetzt werden. Zudem werden viele Beschäftigte nur stundenweise – und mitunter auch nur jährlich – angestellt.

Weitere bekannte Probleme liegen in den von Kommune zu Kommune unterschiedlichen Gebührensätzen, in der unterschiedlich geregelten Zusammenarbeit von Schulleitung, Lehrpersonal, Schulträger, OGS-Träger und -Personal, in den fehlenden Qualitätsstandards für Räume, inhaltliche Ausgestaltung und das Mittagessen.

---

<sup>2</sup> [https://www.insm.de/fileadmin/in-sm-dms/text/publikationen/Bildungsmonitor\\_2021/INSM-Bildungsmonitor\\_2021.pdf](https://www.insm.de/fileadmin/in-sm-dms/text/publikationen/Bildungsmonitor_2021/INSM-Bildungsmonitor_2021.pdf), S. 126.

Viele dieser Punkte sind aufgrund des großen Engagements der Beteiligten vor Ort gut geregelt – die Rahmenbedingungen seitens des Landes können dies aber nicht garantieren. Auch innovative Konzepte wie eine Verknüpfung von Ganztagschulen und Familienzentren ermöglichen vor Ort einen niedrighschwelligigen Zugang zur Familienbildung und zu den Hilfen bei der Erziehung, doch auch sie verdienen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung seitens des Landes.

## **II. Der Landtag stellt fest, dass**

- angesichts der Verbreitung der sogenannten Delta-Variante ein weiteres Corona-Schuljahr droht. Daher müssen alle Anstrengungen unternommen werden, eine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler zu verhindern.
- es auch unabhängig der Aussichten für das Schuljahr 2021/22 notwendig ist, die vergangenen anderthalb Jahre seit Ausbruch der Corona-Pandemie in den Schulen aufzuarbeiten und Verpasstes nachzuholen.
- der Ganzttag in der Corona-Pandemie für Schülerinnen und Schüler und ihre Familien große Potentiale bietet.
- der Ganzttag in qualitativer und quantitativer Hinsicht wesentlich mehr Aufmerksamkeit benötigt. Es ist bislang nicht gelungen, gemeinsam mit den Kommunen und den Trägern eine landesweite Strategie für den Ausbau des Ganztags zu entwickeln. Außerdem obliegt die Ausgestaltung den Schul- und OGS-Trägern und verbindliche Standards existieren nach wie vor nicht.
- der Ganzttag neben einem großen Potential für die Bildung auch eine wichtige Rolle bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat. Durch den bislang fehlenden Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz können Familien im Übergang von Kita zur Schule derzeit in eine Betreuungslücke fallen. Sie benötigen Sicherheit und Verlässlichkeit.
- mit dem Ausbau des Offenen Ganztags auch mehr Personal benötigt wird und dass die Beschäftigungsverhältnisse einer Verbesserung und einer Sicherung bedürfen. Befristete Maßnahmen wie das Helferinnen- und Helferprogramm lösen diese strukturellen Probleme nicht.

## **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

- schnellstmöglich mit Kommunen und Trägern in Gespräche einzusteigen, wie der Ganzttag die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen abfedern kann. Ziel ist eine schnelle Ausweitung der Ganztagsangebote auf möglichst viele SchülerInnen. Die Träger müssen in die Lage versetzt werden, das OGS-Personal auch am Vormittag einzusetzen, um die Lehrkräfte zu entlasten. Eine Ausdehnung des Ganztagsangebots auf alle Schülerinnen und Schüler muss politisch gewollt, positiv gestaltet und entsprechend kommuniziert werden. Begriffe wie „Notbetreuung“ vermitteln nicht die Potentiale, die der Ganzttag hat.
- auch darüber hinaus endlich die Finanzierung des Offenen Ganztags zu sichern und auskömmlich auszustatten, damit nicht mehr der Wohnort der Familien bzw. die Kassenlage der Kommune über die Qualität entscheidet. Hierbei ist es wichtig, Standortfaktoren zu berücksichtigen und entsprechend auszugleichen. Im Zuge einer finanziellen Neugestaltung sind auch die Elternbeiträge zu streichen. Bildung muss kostenfrei sein.

- langfristig Verantwortung zu übernehmen, indem sie den Ausbau von Ganztagsplätzen den Bedarfen entsprechend intensiviert. Die Landesregierung muss sich zum Ziel eines Rechtsanspruchs klar bekennen und in einem gestuften Verfahren mit dem Ausbau von Ganztagsplätzen vorgehen und nicht bis 2026 warten. Hierbei ist sowohl auf die Bedarfe der Familien als auch auf die der Kommunen und Träger Rücksicht zu nehmen. Dieser Plan ist dem Landtag vorzulegen.
- dem Offenen Ganztag Gesetzesrang zu geben und für die Bildungsangebote und pädagogischen Konzepte des Offenen Ganztags einheitliche Qualitätsstandards zu erarbeiten.
- durch eine Personaloffensive und den Einsatz multiprofessioneller Teams den qualitativen und quantitativen Ausbau des Ganztags sicherzustellen. Die Möglichkeit eines beruflichen Aufstiegs aller Berufsgruppen muss gesichert sein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ganztag müssen die Möglichkeit erhalten, volle und unbefristete Stellen zu erhalten. Zu prüfen ist die Etablierung eines einheitlichen Bildungstarifvertrags für die Beschäftigten. Gezielte Aus- und Fortbildungsangebote für Kinderschutz, Inklusion und Digitalisierung sind als integraler Bestandteil einer Ganztagsoffensive vorzusehen. Auch den Alltagshelferinnen und -helfer sollen Qualifizierungsangebote gemacht werden.
- eine engere Kooperation zwischen Kita und Grundschule auszubauen. Dies muss vor allem auch für die Familienzentren an den Grundschulen gelten. Es ist zu prüfen, ob eine gemeinsame Trägerschaft innerhalb eines Wohnviertels für Familienzentren und auch der OGS möglich ist. Bereits angestoßene Initiativen vor Ort müssen seitens des Landes nach Kräften unterstützt werden.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Jochen Ott  
Eva-Maria Voigt Küppers  
Regina Kopp-Herr  
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion

- TOP -

Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!